



Newsletter

der Österreichischen Gesellschaft
für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

03/09

Mai
2009

Editorial

Sehr geehrtes Mitglied,

nach der überaus erfolgreichen Auftaktveranstaltung der neuen ÖGAVN am 9. März mit dem Vortrag des IAEO-Generaldirektors und Friedensnobelpreisträgers Mohamed ElBaradei im Reichsratsaal des Parlaments, wurde die Veranstaltungsreihe am 3. April mit Vorträgen des österreichischen UNO-Botschafters in New York, Dr. Thomas Mayr-Harting, und des Exekutivdirektors des „Security Council Report“, Colin Keating im bis auf den letzten (Steh)Platz gefüllten Lichthof des Wiener Palais Epstein fortgesetzt.

Botschafter Mayr-Harting, der seit 1. Jänner 2009 Österreich auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertritt, gab einen eindrucksvollen Überblick über die vielfältigen Aufgabenstellungen eines Ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen. Allein in den ersten drei Monaten habe es über 70 Sitzungen im Sicherheitsrat gegeben, zehn Resolutionen wurden verabschiedet, von denen viele von unmittelbarem Interesse für Österreich waren. Es ging dabei etwa um die Verlängerung der UNO-Friedensmission im Tschad, an der ja auch Österreich teilnimmt, oder um die Bestellung von Botschafter Valentin Inzko zum neuen Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina, um den Konflikt im Gazastreifen und viele afrikanische Themen, wie etwa um die Lage in Darfur oder den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten. Durch die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat werde Österreich mit Themen befasst, die sonst nicht zum Tagesgeschäft zählen. Dieser Lernprozess bringe eine ständige Horizonterweiterung, deren Vorteile noch jahrelang fortwirken würden, sagte Mayr-Harting.

Der frühere (1993-1996) neuseeländische UNO-Botschafter Colin Keating, der während des Völkermords in Rwanda 1994 den Vorsitz im Sicherheitsrat führte, leitete auch die Sicherheitsratsmission nach Somalia und den Sanktionenausschuss des Sicherheitsrats gegen den Irak. Sein Überblick über die dabei gewonnenen Erfahrungen, wie seine Mitwirkung an den Bemühungen um eine Reform der Vereinten Nationen, rundeten das Bild über Rolle, Arbeitsweise und Probleme des höchsten Gremiums der Weltorganisation ab.

Das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA), die unabhängige Jugend- und Studierendenorganisation der ÖGAVN, setzte in den vergangenen zwei Monaten vor allem ihre Debattierclubveranstaltungen in Wien, Graz und Salzburg fort, war Mitveranstalter von Vortragsveranstaltungen in der Diplomatischen Akademie und entsandte Teilnehmer zu EU- bzw. UNO-Simulationskonferenzen in Strassburg und Moskau.

Verstärkt wurde auch der Kontakt zum Weltverband der UNO-Gesellschaften (WFUNA), u.a. durch die Teilnahme als WFUNA-Beobachter an der Tagung der UNO-Suchtstoffkommission in Wien (*siehe Seite 6*).

Auch die Zusammenarbeit mit dem von Mag. Gertrud Tauchhammer herausgegebenen Magazin „Society“ wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Die Frühjahrsausgabe des Magazins enthält einen ausführlichen Bericht über die Auftaktveranstaltung der ÖGAVN, sowie ein eingehendes Interview mit ÖGAVN-Präsident Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, der darin die wichtige Aufgabe der Gesellschaft betont, mit Blick auf den Amtssitz der Vereinten Nationen in Wien die Rolle der UNO wach zu halten und zu unterstützen. „Wer, wenn nicht wir – die Schweizer und die Österreicher – sollte das tun? Wenn die Schweizer und Österreicher die Vereinten Nationen nicht mit Begeisterung und aus ganzen Herzen unterstützen, wer soll dann noch für den Multilateralismus eintreten?“, umriss Dr. Schüssel die Kernaufgabe der neuen Organisation. Darüber hinaus wolle man eine einheitliche, überparteiliche Plattform für die Diskussion wichtiger außenpolitischer Anliegen bilden.

Dr. Axel Wüstenhagen
Newsletter-Redakteur

Michael F. Pfeifer
Generalsekretär

Vorschau Veranstaltungen Mai – Juni 2009

Alle Veranstaltungen noch in Planung, Änderungen vorbehalten!

Montag, 25. Mai 2009, 18:00 Uhr

Vortrag: „Herausforderungen und Zukunft der europäischen Außenpolitik“

Botschafter Dr. Stefan LEHNE; Leiter der Politischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Sprache: Deutsch
 Ort: Parlament - Haupteingang, 1017 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
 Voranmeldung: E-Mail: una.austria@afa.at

Dienstag, 26. Mai 2009, 18:00 Uhr

**Vortrag: „Konfliktmanagement in Afrika und die Erfahrungen Malis“
 des Präsidenten der Republik Mali, S.E. Amadou Toumani TOURÉ , in Anwesenheit des Herrn
 Bundespräsidenten**

Sprache: Französisch mit deutscher Simultanübersetzung
 Ort: Bruno Kreisky Forum, 1190 Wien, Armbrustergasse 15
 Voranmeldung: E-Mail: una.austria@afa.at

(Kooperationsveranstaltung mit dem Bruno Kreisky Forum und der Diplomatischen Akademie Wien)

Ende Mai 2009

Podiumsdiskussion: „Island und die EU“

(Kooperationsveranstaltung mit dem Verband Österreich-Nordische Länder.)

Donnerstag, 4. Juni 2009, 18:00 Uhr

Vortrag: "Europa von Innen"

Dr. Benita FERRERO-WALDNER; EU-Kommissarin

Sprache: Deutsch
 Ort: Wird noch bekannt gegeben
 Voranmeldung: E-Mail: una.austria@afa.at

Mitte Juni 2009

**Vortrag des Generaldirektors des Büros der Vereinten Nationen in Wien und
 Exekutivdirektors des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung,
 Antonio Maria COSTA**

Sprache: Englisch
 Ort und Zeit: Wird noch bekannt gegeben
 Voranmeldung: E-Mail: una.austria@afa.at

Ende Juni 2009

**Podiumsdiskussion: „Strategische Interessen Europas und Österreichs im Schwarzmeerraum“
 (Veranstaltung des AFA)**

Ort und Zeit: Wird noch bekannt gegeben
 Voranmeldung: E-Mail: austria@afa.at

(Weitere Informationen zu den Veranstaltungen finden Sie unter <http://www.una-austria.org> bzw. unter <http://afa.at> - Button „EVENTS“.)

Österreich und die Vereinten Nationen

Österreichs Position zum Haftbefehl gegen den sudanesischen Staatspräsidenten

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) hat am 4. März einen Haftbefehl gegen den Präsidenten des Sudan, Omar Al-Bashir, wegen des Verdachts der völkerstrafrechtlichen Verantwortlichkeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Darfur ausgestellt und damit zum ersten Mal einen Haftbefehl gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt erlassen. Österreich ist Vertragspartei des Römer Statuts des IStGH und tritt traditionell gegen Straflosigkeit für massive und systematische Menschenrechtsverletzungen ein. "Sollte der Sicherheitsrat mit dem Haftbefehl befasst werden, wird sich Österreich von seinem Bekenntnis zur Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen leiten lassen, aber allen vorgebrachten Argumenten aufmerksam zuhören. Eines ist klar: Auch auf internationaler Ebene kann es keinen rechtsfreien Raum geben. Österreich wird den Kampf gegen die Straflosigkeit energisch unterstützen", stellte Außenminister Michael Spindelegger fest. (BMeiA, 4. März 2009)

Gleichberechtigung als Instrument gegen die Armut

Anlässlich des Internationalen Frauentages (8. März) wies Außenminister Michael Spindelegger darauf hin, dass Armut oft weiblich und gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten der Fokus auf Gleichberechtigung daher enorm wichtig sei. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) setzt sich seit Jahren für die Gleichstellung und Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Situation von Frauen in ihren Partnerländern ein. "Nur wenn Frauen und Männer gleichberechtigt an der Entwicklung partizipieren, ist mit nachhaltigen Erfolgen bei der Verringerung der Armut zu rechnen", bekräftigte Spindelegger.

Frauen und Mädchen seien die Hauptleidtragenden in bewaffneten Konflikten, ob im Ostkongo oder Darfur. Deshalb fordert Österreich im UNO-Sicherheitsrat, den Schutz der Zivilbevölkerung systematisch in alle Mandate von internationalen Friedensmissionen aufzunehmen. Spindelegger erinnerte daran, dass Österreich als eines der ersten Länder vor zwei Jahren einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet hat. (BMeiA, 6. März 2009)

Verstärkte internationale Zusammenarbeit gegen den illegalen Drogenhandel

"Die Auswirkungen des illegalen Drogenhandels stellen die internationale Staatengemeinschaft vor enorme Herausforderungen. In vielen Regionen der Welt zählt Drogenhandel immer noch zu den lukrativsten Formen des organisierten Verbrechens. Hier sind neue Impulse für eine verstärkte Kooperation bei der internationalen Drogenkontrolle gefragt. Dabei muss insbesondere der Schutz junger Menschen vor Drogen im Zentrum der Bemühungen stehen", erklärte Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Jahrestagung der UNO-Suchtstoffkommission (11. – 20. März 2009) in Wien. „Als Sitzstaat der UNO-Behörde für Drogenbekämpfung setzen wir uns nachhaltig für die rasche Umsetzung der internationalen Drogenkonventionen ein“, betonte der Außenminister und wies darauf hin, dass die Stärkung der menschlichen Sicherheit auch einer der Schwerpunkte Österreichs im UNO-Sicherheitsrat sei. (BMeiA, 11. März 2009)

Rassismus muss national und international bekämpft werden

Anlässlich des Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (21. März) sprach sich Außenminister Michael Spindelegger für eine tolerante und diskriminierungsfreie Gesellschaft aus. Basis dafür sei ein offener und vertrauensvoller Dialog und ein respektvoller Umgang miteinander. Ausgrenzung und Intoleranz müssten endlich der Vergangenheit angehören. Österreich ist bei der Rassismus- und Diskriminierungsbekämpfung eine Reihe von internationalen Verpflichtungen eingegangen. "Wir nehmen diese Verpflichtungen sehr ernst und arbeiten konsequent daran, diese möglichst umfassend umzusetzen", erklärte der Außenminister. (BMeiA, 20. März 2009)

Wien als Drehscheibe für internationalen Dialog zur Rüstungskontrolle stärken

"Nukleare Abschreckung ist ein Instrument der Vergangenheit. Heute kann unsere Sicherheit nur durch globalen Dialog und effektive Rüstungskontrolle nachhaltig gewährleistet werden", erklärte Außenminister Michael Spindelegger anlässlich seines Gesprächs mit dem Hohen Beauftragten für Abrüstungsfragen der UNO, Untergeneralsekretär Sergio Duarte, am 31. März 2009 in Wien. In unserer Zeit der komplexen, sich stetig ändernden Sicherheitsrisiken seien Atomwaffenarsenale völlig untaugliche Relikte des Kalten Krieges. Dies müsse sich konkret in Verteidigungsstrategien und Abrüstungsverhandlungen niederschlagen.

Außenminister Spindelegger erörterte mit UGS Duarte die österreichischen Initiativen zum Inkrafttreten des Atomteststopvertrages (CTBT). Bis September 2009 führt Österreich gemeinsam mit Costa Rica den Vorsitz in der sogenannten CTBT-Artikel XIV-Konferenz, die sich für ein rasches Inkrafttreten des Atomteststopvertrages einsetzt. Auch in den Atomwaffenstaaten habe ein Umdenkprozess eingesetzt; das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen sei daher nicht mehr realitätsfremd. Dafür müssten jedoch gemeinsam die notwendigen Rahmenbedingungen und ein strenges normatives Regelwerk erarbeitet werden. Auch die Kontrollorgane für diese Verträge, die Internationale Atombehörde (IAEO) und die CTBT-Organisation, die beide in Wien ihren Sitz haben, sollten aufgewertet und Wien als Drehscheibe im internationalen Dialog zur Rüstungskontrolle weiter gestärkt werden, betonte der Minister. *(BMeiA, 31. März 2009)*

Außenminister lädt Allianz der Zivilisationen nach Wien ein

"Der Dialog über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Der Umgang mit der Vielfalt ist in unseren immer stärker globalisierten und vernetzten Gesellschaften lebensnotwendig. Dialog ist und bleibt dabei das wirksamste Mittel für Konfliktmanagement, Versöhnung und nachhaltige Friedenspolitik", erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 6. April bei der 2. Jahreskonferenz der Allianz der Zivilisationen in Istanbul. An der Konferenz nahmen rund 40 Staaten teil, darunter zwei Regierungschefs (Spanien, Türkei), UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sowie zahlreiche Außenminister aus der arabischen Welt und der EU.

Österreich könne auf eine lange Dialogtradition verweisen und habe einen anerkannten und bewährten Ruf als Ort der Begegnung, gerade auch mit der muslimisch geprägten Welt, betonte Spindelegger und kündigte an, diese Tradition fortsetzen und Wien als Ort des Dialogs und der Begegnung weiter ausbauen zu wollen. Der Minister hat die Partner in der Allianz der Zivilisationen eingeladen, ihr Jahrestreffen 2012 in Wien abzuhalten. Bereits Ende Juni wird das Außenministerium gemeinsam mit der Allianz der Zivilisationen ein Symposium in Wien zum Thema "Identität und Partizipation: Transkulturelle und muslimische Jugend in Europa" veranstalten, an dem unter anderem der portugiesische Ex-Präsident Jorge Sampaio als Hoher Vertreter der UNO für die Allianz der Zivilisationen teilnehmen wird. Darüber hinaus plant Österreich im Rahmen seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat für 2010 ein internationales Treffen zum Dialog der Zivilisationen und seiner Funktion in der internationalen Friedenspolitik. Die Allianz der Zivilisationen, die 2005 von Spanien und der Türkei unter der Schirmherrschaft der UNO gegründet wurde, umfasst derzeit 83 Staaten und 17 internationale Organisationen. *(BMeiA, 6. April 2009)*

Österreich unterstützt Sicherheitsratsbeschluss zu Nordkorea

"Mit dem Raketenabschuss vom 5. April hat Nordkorea klar gegen bestehende Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates verstoßen. Es war daher nur folgerichtig, dass der Rat Nordkorea unmissverständlich aufgefordert hat, sich an die verpflichtenden Auflagen der Weltgemeinschaft zu halten", sagte Außenminister Michael Spindelegger am 14. April 2009 in Reaktion auf eine am Vortag vom Präsidenten des Sicherheitsrates in New York abgegebene Erklärung. Diese sei eine klare Botschaft an Nordkorea, dass es keine weiteren Raketenstarts durchführen dürfe und der Raketenabschuss nicht ohne Konsequenzen bleiben könne.

Ebenso wichtig sei es aber auch, dass sich der Sicherheitsrat eindeutig zur Fortführung der Sechs-Parteien-Gespräche bekannt und an Nordkorea appelliert hat, diese rasch wieder aufzunehmen, fügte der Außenminister hinzu. „Unser aller Ziel muss es sein, die koreanische Halbinsel dauerhaft nuklearwaffenfrei zu machen. Auch der Führung Nordkoreas muss klar werden, dass nur der Dialog im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche eine realistische Chance bietet, dieser Region dauerhaft Frieden und Stabilität zu verschaffen. *(BMeiA, 14. April 2009)*

Außenminister drängt auf Wiederaufnahme der humanitären Hilfe für Darfur

Anlässlich eines Gesprächs mit dem Chefvermittler der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union für den Darfurkonflikt, Djibril Bassolé, in Wien forderte Außenminister Michael Spindelegger am 22. April 2009, das unermessliche Leid der Bevölkerung in Darfur müsse endlich ein Ende haben. Der Sudan befinde sich in einer äußerst kritischen Phase. Die nach dem Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Al-Bahsir erfolgte Ausweisung von Nichtregierungsorganisationen aus Darfur habe die humanitäre Situation weiter verschärft. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben, betonte Spindelegger und forderte die sudanesischen Regierung und alle Parteien auf, die humanitären Organisationen ihre Tätigkeit ungehindert fortführen zu lassen und so die dringend notwendige Hilfe für die betroffene Bevölkerung zu ermöglichen. *(BMeiA, 22. April 2009)*

Bilaterale Beziehungen

Revirement an den österreichischen Botschaften

Auf Antrag von Außenminister Michael Spindelegger hat der Ministerrat am 17. März die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen. Dabei wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

Dr.Ralph SCHEIDE,	Österreichische Botschaft in Berlin
Mag.Dr.Emil BRIX,	Österreichische Botschaft in London
Dr.Margot KLESTIL-LÖFFLER,	Österreichische Botschaft in Moskau
Dr.Christian PROSL,	Österreichische Botschaft in Washington
Mag.Jan KICKERT,	Österreichische Botschaft in Agram
Mag.Dr.Daniel KRUMHOLZ,	Österreichische Botschaft in Kopenhagen
Dr.Erwin KUBESCH,	Österreichische Botschaft in Laibach
Mag.Bernhard WRABETZ,	Österreichische Botschaft in Lissabon
Dr.Rudolf LENNKH,	Österreichische Botschaft in Madrid
Mag.Dr.Alfred LÄNGLE,	Österreichische Botschaft in Mexiko
Dr.Ferdinand TRAUTTMANSDORFF,	Österreichische Botschaft in Prag
Mag.Dr.Ulrike TILLY,	Österreichische Botschaft in Stockholm
Dr.Thomas BUCHSBAUM,	Österreichische Botschaft in Teheran
Mag.Dr.Herbert KRAUSS,	Österreichische Botschaft in Warschau
Mag.Dr.Stefan SCHOLZ,	Österreichische Botschaft in Abuja
MMag.Dr.Gudrun GRAF,	Österreichische Botschaft in Addis Abeba
Mag.Dr.Johannes PETERLIK,	Österreichische Botschaft in Bangkok
DDr.Robert ZISCHG,	Österreichische Botschaft in Buenos Aires
Mag.Wilhelm DONKO,	Österreichische Botschaft in Manila
Mag.Christian HASENBICHLER,	Österreichische Botschaft in Nairobi
Mag.Martin WEISS,	Österreichische Botschaft in Nicosia,
Mag.Dr.Donatus KÖCK,	Österreichische Botschaft in Sarajewo
Dr.Josef MÜLLNER,	Österreichische Botschaft in Seoul
Mag.Gerhard REIWEGER,	Österreichische Botschaft in Sofia
Mag.Florian RAUNIG,	Österreichische Botschaft in Tirana
Dr.Julius LAURITSCH,	Österreichische Botschaft in Abu Dhabi
Dr.Georg HEINDL,	Österreichische Botschaft in Hanoi
Dr.Maria MOYA-GÖTSCH,	Österreichische Botschaft in Harare
Mag.Andrea WICKE,	Österreichische Botschaft in Kuala Lumpur
Dr.Andreas MELAN,	Österreichische Botschaft in Lima
Mag.Martin PAMMER,	Österreichische Botschaft in Podgorica
Mag.Dr.Walter-Maria STOJAN,	Österreichische Botschaft in Pristina
Dr.Helmut KOLLER,	Österreichische Botschaft in Wilna,
Dr.Ernst-Peter BREZOVSKY,	Österreichisches Generalkonsulat in New York
Mag.Thomas SCHNÖLL,	Österreichisches Generalkonsulat in Chicago
Mag.Dr.Karin PROIDL,	Österreichisches Generalkonsulat in Los Angeles
Dr.Ingrid PECH,	Österreichisches Generalkonsulat in München
MMag.Gerhard MAYNHARDT,	Österreichisches Generalkonsulat in Hongkong

Österreich als "Anwalt" Serbiens in der EU

Außenminister Michael Spindelegger hat bei einem Treffen mit seinem serbischen Amtskollegen Vuk Jeremic am 30. März in Wien eine Lanze für die rasche EU-Annäherung des Balkanlands gebrochen. "Wir verstehen uns als Anwalt der Interessen Serbiens", sagte Spindelegger bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Jeremic. Dieser dankte dafür, dass Österreich auch in den derzeitigen schweren Stunden ein großer Befürworter der EU-Integration des Westbalkan geblieben sei. Spindelegger bekräftigte seine Entschlossenheit, der "Balkan-Müdigkeit" in der EU entgegenzutreten. Es werde zwar nicht von heute auf morgen gehen, aber langfristig sei eine EU-Mitgliedschaft Serbiens "möglich und sinnvoll", betonte der Minister. Jeremic unterstrich die Bedeutung Österreichs für die serbische Wirtschaft. Keine Übereinstimmung gab es zwischen Spindelegger und Jeremic in der Frage des Kosovo, den Serbien auch mehr als ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung als seine südliche Provinz betrachtet. Man sei sich aber einig, dass alles getan werden müsse, damit der Frieden im Kosovo erhalten werde. (APA/BMeiA, 30. März 2009)

Donauraumstrategie und Schwarzmeerkoopeation

Die Beziehungen zwischen Österreich und Rumänien haben nicht zuletzt durch den EU-Beitritt Rumäniens eine neue Qualität erreicht. Beide Länder sind in der EU strategische Partner geworden, mit gemeinsamen Interessen wie etwa bei der Energiesicherheit, bei der Entwicklung des Donauraums und bei der Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, betonte Außenminister Michael Spindelegger am 1. April nach einem Gespräch mit seinem rumänischen Amtskollegen Cristian Diaconescu in Bukarest. Rumänien sei bei wichtigen regionalen Initiativen sehr aktiv. So sei gemeinsam die Entwicklung einer EU-Strategie für den Donauraum vorgeschlagen worden, um die Donau als verbindendes Element Mitteleuropas mit der Schwarzmeerregion vermehrt zur Geltung zu bringen. (BMeiA, 1. April 2009)

Türkischer Außenminister betont Reformentschlossenheit Ankaras

Der türkische Außenminister Ali Babacan hat bei einem Besuch in Wien am 15. April die Entschlossenheit seiner Regierung bekräftigt, den Reformprozess in Richtung EU fortzuführen. "Das türkische Volk möchte diese Reformen", betonte Babacan nach einem Meinungsaustausch mit Außenminister Michael Spindelegger vor der Presse. Das Ziel der Türkei sei letztlich eine EU-Mitgliedschaft, aber jetzt "ist der Weg wichtig, unabhängig vom Ziel". Die Türkei nähere sich den EU-Standards an, was für das Land nützlich sei, und "am Ende des Weges werden wir uns gemeinsam entscheiden". Spindelegger hob hervor, es gehe zum derzeitigen Zeitpunkt nicht um einen EU-Beitritt, denn diese Frage stelle sich erst am Ende der Verhandlungen. In Österreich sei das Prozedere geregelt, sagte der österreichische Außenminister und erwähnte auch die Volksabstimmung. Ein wichtiges Thema der Außenministertgespräche war auch die Kooperation im UNO-Sicherheitsrat, in dem Österreich und die Türkei seit Jahresbeginn als nicht-ständige Mitglieder vertreten sind. (APA/BMeiA, 15. April 2009)

Internationale Tagungen und Konferenzen

UN-Suchtstoffkommission: Neue Politische Erklärung gegen das Drogenproblem

Vom 11. – 20. März 2009 fand im Internationalen Zentrum Wien die 52. Tagung der UN-Suchtstoffkommission statt. Staats- und Regierungschefs sowie Minister überprüften zu Beginn die Umsetzung weitreichender Ziele zur Reduzierung des Weltrogenproblems, die vor 10 Jahren von einer Sondertagung der UN-Generalversammlung festgesetzt worden waren. Die Kommission verabschiedete dazu eine Politische Erklärung und einen Aktionsplan zur internationalen Zusammenarbeit gegen den Drogenmissbrauch. Weitere Schritte wurden gegen die Gefahren der Drogen für Gesundheit und Sicherheit beschlossen. Die Erklärung betont die gemeinsame Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft und die wichtige Rolle der Frauen und der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung des Drogenproblems. Sie verweist auf die zunehmenden Zusammenhänge zwischen dem illegalen Drogenhandel, der Korruption und Formen des organisierten Verbrechens, wie Menschen- und Waffenhandel, Terrorismus und Geldwäsche. 2014 soll eine weitere hochrangige Tagung der Kommission die Umsetzung der neuen Erklärung prüfen.

Bei der Eröffnung der Tagung wandte sich der Exekutivdirektor des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Wien, Antonio Maria Costa, gegen die verschiedentlich laut gewordene Kritik an der mangelnden Effektivität der internationalen Drogenkontrolle und verwies auf die rückläufige Drogenproduktion und die abnehmende Zahl der Drogenabhängigen weltweit. Das Problem sei unter Kontrolle, aber noch lange nicht gelöst, betonte Costa. Der Drogenmissbrauch müsse verstärkt als Gesundheitsproblem erkannt werden; die internationale Staatengemeinschaft solle keinen „Krieg gegen Drogen“ führen, sondern alles daran setzen, um diese Krankheit der Gesellschaft zu heilen.

Viel Aufmerksamkeit erregte der bolivianische Staatspräsident Evo Morales, der bei der Eröffnungssitzung mit einem dramatischen Auftritt die Korrektur eines „historischen Fehlers“ verlangte, den die Suchtstoffkonvention 1961 mit ihrer Forderung nach einem Verbot des Kauens von Kokablättern begangen habe. Diese Tradition gebe es seit 5.000 Jahren und habe große rituelle, religiöse und kulturelle Bedeutung für die indigene Kultur der Andenvölker. Er sei gegen die Herstellung von Kokain und wolle sich dem Kampf gegen den Drogenhandel energisch anschließen, aber das historische Unrecht am „heiligen Kokablatt“ müsse beseitigt werden, sagte Morales.

Königin Silvia von Schweden hob die Bedeutung der „Beyond 2008“ Initiative des Wiener NGO-Komitees für Suchtstoffe hervor, die im Vorjahr mehr als 300 NGOs aus aller Welt in Wien zusammengeführt und eine gemeinsame Plattform der nichtstaatlichen Organisationen für die Behandlung des Drogenproblems und die Einbindung der unmittelbar Betroffenen in die internationale Debatte zu dieser Frage geschaffen hatte.

An der Tagung nahmen 1.400 Delegierte aus 51 Mitgliedstaaten der Kommission und weiteren 85 Beobachterstaaten sowie Vertreter zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen teil. Der Weltverband der UNO-Gesellschaften (WFUNA) wurde durch ÖGAVN-Vorstandsmitglied Dr. Axel Wüstenhagen vertreten.

UN-Rassismus-Konferenz endet unerwartet einvernehmlich

Vom 20. – 24. April fand in Genf die Rassismus-Konferenz der Vereinten Nationen statt, die im Auftrag der UNO-Generalversammlung den Auftrag hatte, die Umsetzung der Ergebnisse der problematischen Konferenz über Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in Durban, Südafrika (2001) zu überprüfen. Von Anbeginn stand das Genfer Treffen unter keinem guten Stern: Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter die USA, Kanada, Australien, Deutschland, Italien, Polen, die Niederlande, Tschechien und Israel hatten die Konferenz boykottiert, weil sie eine Wiederholung der unsäglichen Zionismusdebatte von Durban befürchteten. Der iranische Staatspräsident Mahmoud Ahmadi-Nejad sorgte dann zum Auftakt der Konferenz für den befürchteten Eklat mit einer Brandrede gegen die „Zionisten“, die ein rassistisches Regime gegen die Palästinenser errichtet und schwere Verbrechen gegen sie verübt hätten. Darauf hin verliessen die restlichen Vertreter der EU-Länder einschließlich Österreichs aus Protest den Saal.

Überraschenderweise wurde tags darauf ein Abschlussdokument von 183 der 192 UNO-Mitgliedstaaten angenommen, das ausdrücklich zum Gedenken an den Holocaust auffordert und den Antisemitismus verurteilt. Der Text betont auch, dass die Demokratie die wirksamste Regierungsform sei, um Rassismus in die Schranken zu weisen. Alle Länder wurden aufgefordert, alle Formen der Diskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und der Intoleranz zu bekämpfen. Sklaverei, Kolonialismus und das seinerzeitige Apartheidsystem in Südafrika dürften nie vergessen werden.

Österreichs Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen in Genf, Botschafter Dr. Christian Strohal, begrüßte das Abschlussdokument als gute Basis für die zukünftigen Bemühungen im Kampf gegen den Rassismus. Alle Elemente, die im Laufe der schwierigen Verhandlungen wesentliche Anliegen Österreichs und der EU waren, seien in dem Dokument enthalten. Die konstruktiven Kräfte auf allen Seiten hätten sich – auch in Reaktion auf die Aussagen Ahmadi-Nejads – durchgesetzt.

Außenminister Michael Spindelegger hatte bereits am 20. April die Erklärung des iranischen Präsidenten mit klaren Worten verurteilt. „Jeder Versuch, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen und der Intoleranz und dem Antisemitismus Vorschub zu leisten, muss von der Staatengemeinschaft mit aller Schärfe zurückgewiesen werden“, sagte der Außenminister. Der Missbrauch einer UNO-Konferenz für derartige Äußerungen dürfe nicht hingenommen werden. Österreich habe großes Interesse an einer starken multilateralen Zusammenarbeit im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung, fügte Spindelegger hinzu und begründete damit, dass Österreich gemeinsam mit den meisten anderen EU Mitgliedstaaten auf Beamtenebene an der Konferenz teilgenommen hat, um sich für ein ausgewogenes Ergebnis einzusetzen.

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte vor Beginn der Tagung versucht, mäßigend auf den iranischen Präsidenten einzuwirken und die Rede dann als „anklagend, spalterisch und hetzerisch“ kritisiert. Die nicht teilnehmenden Staaten rief Ban nach der erfolgreichen Annahme des Abschlussdokuments auf, sich dem Kampf der internationalen Staatengemeinschaft gegen den Rassismus wieder anzuschließen. Drei nicht-staatliche Organisationen wurden wegen „störenden Betragens“ von der Konferenz ausgeschlossen.

Personalia

Botschafter Valentin Inzko zum Hohen Repräsentanten/EU-Sonderbeauftragten in Bosnien-Herzegowina ernannt

Als schöne Bestätigung für die Arbeit und Erfahrung Botschafter Inzkos, aber auch als ein deutliches Zeichen der Anerkennung für Österreichs Rolle und Ansehen am Balkan bezeichnete Außenminister Michael Spindelegger am 13. März die Entscheidung des Lenkungsausschusses des Friedensimplementierungsrates (PIC), den österreichischen Botschafter Valentin Inzko zum Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina zu ernennen. Die Bestellung des Österreicherers durch die Europäische Union zum EU-Sonderbeauftragten in Bosnien-Herzegowina war bereits am 10. März 2009 erfolgt. Nach Wolfgang Petritsch stellt Österreich damit zum zweiten Mal den Spitzenvertreter der Staatengemeinschaft für Bosnien-Herzegowina. Inzko reiht sich in die Liste jener Österreicher ein, die in dieser wichtigen Nachbarschaftsregion führende Positionen einnahmen, wie Erhard Busek als ehemaliger Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt, Stefan Lehne als Balkan-Beauftragter Javier Solanas oder derzeit Werner Almhofer als OSZE-Vertreter im Kosovo, erklärte Spindelegger. Der Minister verwies auf die langjährige Balkanerfahrung Inzkos, der als

ehemaliger Botschafter in Sarajewo über gute Beziehungen zu allen Volksgruppen in Bosnien und deren politischen Vertretern verfügt und sagte zu, ihn nach Kräften in seiner neuen und anspruchsvollen Funktion unterstützen zu wollen. (*BMeiA*, 13. März 2009)

Staatssekretär aD Dr. Hans Winkler neuer Direktor der Diplomatischen Akademie

Außenminister Dr. Michael Spindelegger hat am 25. März Staatssekretär aD Dr. Hans Winkler mit Wirkung vom 1. April 2009 zum neuen Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien bestellt. Winkler folgte dem tschechischen Diplomaten und früheren Botschafter in Österreich Jiri Grusa, im Amt nach, der die Institution seit März 2005 geleitet hatte.

Hans Winkler war bis Dezember 2008 Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, davor unter anderem Leiter des Völkerrechtsbüros im Außenministerium (seit 1999) und stellvertretender Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten (seit 2002) sowie Leiter der Abteilung Amerika im Außenministerium (1996-1999) und Ständiger Vertreter Österreichs beim Europarat in Straßburg (1992-1996). Im Laufe seiner diplomatischen Karriere war Winkler auch an den österreichischen Botschaften in Kairo, Belgrad und Washington, sowie an der österreichischen Delegation in Berlin (West) tätig.

Helen Clark (Neuseeland) leitet das UNO-Entwicklungsprogramm

Im April 2009 wurde die neuseeländische Politikerin für eine Amtszeit von vier Jahren als Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bestellt. Sie bekleidet damit eine der höchsten Funktionen in den Vereinten Nationen. Bei ihrer Wahl durch die UNO-Generalversammlung setzte sie sich gegen mehrere, von der US-amerikanischen Regierung favorisierte Kandidaten durch. Helen Clark war von Dezember 1999 bis November 2008 Premierministerin Neuseelands. Von 1987 bis 1990 war sie Wohnbau- und Umweltministerin, danach Gesundheits- und Arbeitsministerin sowie stellvertretende Premierministerin. Helen Clark war seit 1981 Abgeordnete im neuseeländischen Parlament.

Oscar Fernandez-Taranco (Argentinien) Beigeordneter UNO-Generalsekretär

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat den Argentinier Oscar Fernandez-Taranco zum neuen Beigeordneten Generalsekretär für Politische Angelegenheiten bestellt. In der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (DPA) ist Fernandez-Taranco u.a. für Nord- und Südamerika, Asien und den Pazifik, sowie für Europa und den Nahen Osten und Westasien zuständig, sowie für Entkolonialisierung und die Abteilung für Palästinenserrechte. Fernandez-Taranco ist seit mehr als 25 Jahren für die Vereinten Nationen tätig.

Joseph J. Stephanides (Griechenland) Stellvertretender Sonderbeauftragter der UNOMIG

Mit Wirkung vom 1. März 2009 hat UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon den Griechen Joseph J. Stephanides zu seinem Stellvertretenden Sonderbeauftragten für die UNO-Beobachtermission in Georgien (UNOMIG) ernannt. Davor leitete Stephanides das Büro der UNO-Mission in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) in Addis Abeba. Er war Direktor der Sicherheitsratsabteilung und Leiter des Sanktionenbüros. Stephanides hat auch in zahlreichen anderen UNO-Friedensmissionen mitgewirkt, u.a. im Büro des Generalsekretärs im Iran und in der UNO-Übergangshilfsgruppe in Namibia (UNTAG). Im Juni 2005 war Stephanides im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre um das „Öl-für-Lebensmittel“- Hilfsprogramm der UNO im Irak von UNO-Generalsekretär Kofi Annan fristlos entlassen worden. Die Entlassung musste im November 2005 aufgrund der Feststellungen eines Berufungssenats wieder zurückgenommen werden, der die Verfügung als falsch, illegal und unbegründet verworfen hatte.

Peter W. Galbraith (USA) Stellvertretender Sonderbeauftragter für Afghanistan

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat den Amerikaner Peter W. Galbraith zu seinem Stellvertretenden Sonderbeauftragten für Afghanistan ernannt. Im Rahmen der UNO-Hilfsmission in Afghanistan (UNAMA) wird Galbraith für politische Fragen, die Abhaltung der Wahlen, für Fragen des Friedens und der Stabilität, die Reform der Sicherheitsmaßnahmen und Menschenrechte zuständig sein. Galbraith war zur Zeit seiner Ernennung Senior Diplomatic Fellow am Zentrum für Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung und war davor viele Jahre mit humanitären und sicherheitspolitischen Aufgaben befasst (Irak, ehemaliges Jugoslawien, Timor-Leste). Von 1993-1998 war er amerikanischer Botschafter in Kroatien; 1979-1993 Berater des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats.

Aus der Arbeit der WFUNA

WFUNA-Präsident trifft UNO-Generalsekretär

Der Präsident des Weltverbandes der UNO-Gesellschaften (WFUNA), Dr. Hans Blix ist am 27. April mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zusammengetroffen, um die Vorbereitungen für die Plenarversammlung des Weltverbandes zu besprechen, die vom 9. – 12. August 2009 in Seoul, Republik Korea, stattfinden wird. Bei dem Gespräch ging es auch um die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft in den Vereinten Nationen, die Arbeitsprioritäten der UNO für 2009 und die Mitwirkung der WFUNA bei der Ausrichtung der ersten globalen UNO-Modellkonferenz der Vereinten Nationen in Genf.

Neuer Präsident der amerikanischen UNA

Am 11. Mai wird Botschafter Thomas J. Miller sein Amt als neuer Präsident der amerikanischen UNO-Gesellschaft (UNA-USA) antreten. Botschafter Miller bringt eine rund dreißigjährige hochrangige Erfahrung als amerikanischer Karrierediplomat für seine neue Aufgabe mit. U.a. war Miller US-Botschafter in Griechenland und Bosnien-Herzegowina, sowie Zypern-Verhandler. Er tritt in der UNA-USA die Nachfolge von William H. Luers an, der 11 Jahre an der Spitze der prominenten Vereinigung gestanden war.

Konferenz über UN, EU und Multilateralismus in Barcelona

Die UNO-Gesellschaft in Spanien hat vom 14. – 16. April eine Konferenz über „Die Vereinten Nationen und die Europäische Union: Aufbau eines wirksamen Multilateralismus“ im Palau de Pedralbes in Barcelona durchgeführt. Die Konferenzteilnehmer analysierten die Beziehungen zwischen UNO und EU und bemühten sich um eine Vertiefung der öffentlichen Meinung zu diesem Thema. Gleichzeitig entwickelte die Konferenz Strategien für ein stärkeres Engagement der Bevölkerung für wichtige Anliegen der Weltorganisation und bot den Vertretern der Zivilgesellschaft Gelegenheit, ihre Ansichten darzulegen und Vorschläge zu präsentieren. Ashe Rose Miguel und der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos nahmen an der Konferenz teil, bei der auch WFUNA-Präsident Dr. Hans Blix und WFUNA-Generalsekretärin Pera Wells das Wort ergriffen.

Die UNO-Gesellschaft des Monats: UNA Russia

Der Newsletter des Weltverbandes der UNO-Gesellschaften (WFUNA) – „UN Connections“ – stellt in seiner Aprilausgabe die russische UNO-Gesellschaft (UNA Russia) als UNO-Gesellschaft des Monats vor. Seit ihrer Gründung im Jahre 1956 hat sich die Gesellschaft für ein besseres Verständnis der Ideale und Tätigkeiten der Vereinten Nationen unter der russischen Bevölkerung eingesetzt. Sie führt Bildungsprogramme und humanitäre Kampagnen durch und versteht sich als ein „public diplomacy“ Instrument, das durch verschiedene Programme eine konstruktive Teilnahme Russlands an der Arbeit der UNO unterstützen soll.

In den Jahren der *perestrojka* konnte die Gesellschaft ihre Aktivitäten erfolgreich erweitern. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Integration der Jugend gerichtet. Fachkommissionen wurden gebildet und in vielen Teilen des Landes UNA-Russia-Büros eingerichtet. UNA Russia hat sich auch an wichtigen internationalen Ereignissen beteiligt. So wurden zur Vorbereitung des Erdgipfels in Rio de Janeiro 12 große nationale Konferenzen zu Umweltthemen und nachhaltiger Entwicklung abgehalten. Auf dem Johannesburg-Gipfel über nachhaltige Entwicklung 2002 wurde ein Entwicklungsprojekt der Baykal-Region präsentiert, das gemeinsam von UNA-Russia, der Republik Buryatia und mehreren UN-Organisationen durchgeführt wurde.

UNA-Russia hat zahlreiche Publikationen über die Geschichte der UNO oder Berichte zu UN-Programmen herausgegeben. Seit 1990 führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (Universität) jährlich das Internationale Moskauer UNO-Modellprogramm durch, an dem jedes Frühjahr 500-800 Studenten aus verschiedenen Teilen Russlands, der GUS-Staaten und anderen Ländern teilnehmen. 2004 konnte UNO-Generalsekretär Kofi Annan für einen Eröffnungsvortrag gewonnen werden. UNA-Russia und die UNESCO-Abteilung der Moskauer Universität veranstalten jedes Jahr einen nationalen Aufsatzwettbewerb, an dem Tausende Schüler teilnehmen. Thema des diesjährigen Wettbewerbes ist „Die Rolle der UNO bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise“.

Etwa 15 Studierende des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) nahmen von 13. bis 17. April 2009 an der von der UNA-Russia organisierten Moscow International Model United Nations (MIMUN) teil. Im Austausch werden rund 20 Studierende aus Russland an der vom AFA organisierten Vienna International Model United Nations (VIMUN) im August in der Wiener UNO-City teilnehmen.

(Weitere Informationen über die WFUNA finden Sie auf <http://www.wfuna.org>.)

UN-Kalender (Mai – Juni 2009)

Tagungen und Konferenzen

04. – 15.5.09 Informationsausschuss (New York)
 04. – 15.5.09 Kommission für nachhaltige Entwicklung (New York)
 04. – 22.5.09 Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Genf)
 04.5. – 05.6.09 Völkerrechtskommission (Genf)
11. – 22.5.09 Internationaler Suchtstoff-Kontrollrat (Wien)
 18. – 27.5.09 WHO, Weltgesundheitsversammlung (Genf)
 18. – 29.5.09 Permanentes Forum für indigene Fragen (New York)
 25. – 29.5.09 Kommission für Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung (Genf)
25. – 29.5.09 Wissenschaftlicher Ausschuss für die Auswirkungen der atomaren Strahlung (Wien)
 25.5. – 5.6.09 Internationale Meeresbodenbehörde (Kingston)
 25.5. – 12.6.09 Ausschuss für die Rechte des Kindes (Genf)
 Mai/Juni (7 Wochen) Abrüstungskonferenz (Genf)
 01. -. 12.6.09 Hilfsorgane der Klimakonvention der Vereinten Nationen (Bonn)
 02. – 18.6.09 Menschenrechtsrat (Genf)
03. – 12.6.09 Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums (Wien)
 03. – 19.6.09 ILO, Internationale Arbeitskonferenz (Genf)
08. – 12.6.09 Vorbereitungskommission für den Umfassenden Atomteststoppvertrag (Wien)
 08. – 12.6.09 Exekutivrat des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (New York)
 08. – 12.6.09 Exekutivrat des Welternährungsprogramms (Rom)
15. – 19.6.09 IAEO, Gouverneursrat (Wien)
16. – 19.6.09 UN-Suchtstoffkommission, Treffen der Leiter nationaler Drogenkontrollbehörden, Europäische Region (Wien)
 29.6. – 17.7.09 Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (New York)
29.6. – 17.7.09 UN-Kommission für Internationales Handelsrecht (Wien)

Internationale Tage

- 03.5.09 Welttag der Pressefreiheit
 08./09.5.09 Zeit des Gedenkens und der Versöhnung für jene, die ihr Leben im Zweiten Weltkrieg verloren haben
 15.5.09 Internationaler Tag der Familie
 17.5.09 Welt-Telekommunikationstag
 17.5.09 Welttag der Informationsgesellschaft
 21.5.09 Welttag für kulturelle Vielfalt für Dialog und Entwicklung
 22.5.09 Internationaler Tag der biologischen Vielfalt
 ab 25.5.09 Woche der Solidarität mit den Völkern der Territorien ohne Selbstregierung
 29.5.09 Internationaler Tag der Friedenssoldaten der Vereinten Nationen
 31.5.09 Welttag „Kein Tabak“
 04.6.09 Internationaler Tag der unschuldigen Kinder als Opfer von Aggression
 05.6.09 Weltumwelttag
 17.6.09 Welttag zur Bekämpfung der Ausbreitung von Wüstengebieten und der Dürre
 20.6.09 Weltflüchtlingstag
 23.6.09 Tag der Vereinten Nationen für den öffentlichen Dienst
 26.6.09 Internationaler Tag gegen Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel
 26.6.09 Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer